

Joachim v. Wedel

Postbürgerliche Parteiprogramme

Acta Politica nr 27, 5-17

2014

Artykuł został zdigitalizowany i opracowany do udostępnienia w internecie przez Muzeum Historii Polski w ramach prac podejmowanych na rzecz zapewnienia otwartego, powszechnego i trwałego dostępu do polskiego dorobku naukowego i kulturalnego. Artykuł jest umieszczony w kolekcji cyfrowej bazhum.muzhp.pl, gromadzącej zawartość polskich czasopism humanistycznych i społecznych.

Tekst jest udostępniony do wykorzystania w ramach dozwolonego użytku.

Joachim v. Wedel*

POSTBÜRGERLICHE PARTEIPROGRAMME

1. Fortschreitende geographische Mobilisierung schwächt auf Dauer die Kohäsionskräfte ethnischer Gruppen. Dies gilt auch für die alteingesessenen ethnischen Minderheiten in Mitteleuropa, etwa die Wenden in der Lausitz, die Dänen in Südschleswig oder die Deutschen in Südtirol. Man könnte erwarten, daß dort, wo diese Minderheiten über eigene politische Parteien verfügen, sie programmatisch mit einer auf die Sicherung der bedrohten Kollektividentität zielenden Politik reagieren, etwa mit Forderungen nach verstärkter Sprachförderung oder Berücksichtigung der Geschichte der eigenen Volksgruppe im regionalen Unterricht. Solche Reaktionen finden sich vielfach. Zugleich aber beinhalten die neueren Programme ethnisch geprägten Parteien Festlegungen, die sich als Elemente einer defensiven Identitätserhaltungspolitik allein nicht erklären lassen. Da jede kollektive Identität, sei sie national, sub- oder supranational, in gewissem Umfang Ergebnis eines narrativen Prozesses ist, sich anhand sprachlicher Selbstvergewisserung entwickelt, haben solchen Programmaussagen Bedeutung über die Parteipolitik hinaus. Sie sind ein Hinweis auf das Selbstverständnis der hiesigen ethnischen Minderheiten insgesamt. Deshalb sollen diese Programmelemente, also diejenigen, die über die identitätspolitische Defensive hinausreichen, im folgenden vorgestellt werden. Anschließend wird versucht, die Bedeutung zu erklären, die sie in jüngerer Vergangenheit gewonnen haben. 1.1. Feststellbar ist zunächst, über den stets auf Sicherung der eigenen Kollektividentität zielenden Programmkern hinaus, eine teilweise Perspektivverschiebung vom Kollektiv auf das Individuum. Während bei Programmen aus der ersten Jahrhunderthälfte die ethnische Identität der

* Dr hab. Joachim v. Wedel prof. US, Instytut Politologii i Europeistyki, Uniwersytet Szczeciński, e-mail: wedel@whus.pl.

betreffenden Gruppe regelmäßig dominiert¹, tritt dieser Aspekt heute zurück. So verschwindet der im Programm des Südschleswigschen Wählerverbands noch 1966 auftauchende Begriff der „volklichen Eigenständigkeit“ der dänischen und national-friesischen Bevölkerung im Landesteil Schleswig² 1981. Die Personifizierung des sorbischen Volks, die noch im Programm der Wendischen Volkspartei von 1924 auftaucht³, und die an die Zuschreibung des Wendischen Bundes von 1918 anschließt, die Wenden seien ein „religiöses und mit anerkannt guten Sitten ausgestattetes Volk“ sowie ein „Volk der Landwirte und Arbeiter“⁴, wird nach der Wende 1989 nicht mehr reaktiviert. Gleiches gilt für die Vorstellungen ethnischer Kohärenz, die etwa in den „Zwölf Regeln des Wendischen Bundes“ von 1918 erkennbar werden⁵. Während die Südtiroler Volkspartei 1945 und 1947 noch fraglos für sich in Anspruch nimmt, die Interessen des „Südtiroler Volks“ zu vertreten, handelt sie laut ihrem Programm von 1993 nun im Interesse der „deutschen und ladinischen Südtiroler“ bzw. „der Gesellschaft“ im allgemeinen.

Komplementär zu dieser Verschiebung werden Individualrechte stärker betont, etwa – im Fall der Dänen aus Südschleswig – die Freiheit der Eltern, über die Spracherziehung ihrer Kinder selbst zu entscheiden. Neben der Zugehörigkeit zur eigenen ethnischen Gruppe gewinnen individuelle Willensentscheidungen an Bedeutung. Ihren programmatischen Niederschlag findet diese Entwicklung dort, wo Bezugsgröße von Parteipolitik nicht mehr nur die Volksgruppe ist, sondern auch der Einzelne. Die Südtiroler Volkspartei erklärt 1993, „Freiheit, Entfaltung und Achtung der Persönlichkeit und Wahrung der Vielfalt in der Südtiroler Gesellschaft“ blieben die Grundwerte, nach denen sie sich weiter ausrichte. Erstmals ausdrücklich anerkannt wird der „gewollte ideelle und konkrete Beitrag der Bürgerinnen und Bürger zur Gestaltung des eigenen Lebensraumes und der Gesellschaft“⁶. Eine solche Perspektivverlagerung läßt sich aus dem politischen Zentralziel „Bewahrung der eigenen Kollektividentität“ nicht mehr unmittelbar

¹ In Einzelfällen meint Kollektiv aber nicht die Gemeinschaft biologisch Verwandter: die Dänen aus Südschleswig betonen 1921 den übernationalen Gesichtspunkt der Alteingesessenheit, s. Statut des Schleswigschen Vereins „Amt Gottorp“ v. 1921.

² Programm des Südschleswigschen Wählerverbandes v. 1966.

³ Im Programm der Wendischen Volkspartei von 1924 heißt es: „Das sorbische Volk liebt Ruhe und Frieden. (...) Jahrhundertlang verfolgt und unterdrückt, und dennoch lebt es und ist unverdorben. Und es will am Leben bleiben. Nach Gottes Willen ringt es um sein Leben, und darum fordert es unaufhörlich Gerechtigkeit und christliche Liebe“ w: S. Musiat, *Sorbische/Wendische Vereine 1916–1937*, Bautzen 2001, s. 173, 175.

⁴ Ibidem, s. 351.

⁵ Ibidem.

⁶ Programm der Südtiroler Volkspartei von 1993, Programmpunkt „1. Grundwerte“.

ableiten. Die korsische Nationalpartei „Partitu di a Nazione Corsa“ bekennt sich in ihrer programmatischen Äußerung („Valeurs, moyens i objectifs“) gleich zu Beginn zur Demokratie, zur Beachtung der universellen individuellen und kollektiven Rechte und Freiheiten, zum Humanismus, zur Achtung von Leben, Gerechtigkeit und Toleranz. Sie wendet sich ausdrücklich gegen jede Form von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit⁷. Ebenso auf der Hochwertung des Individuums beruhen die „Friesischen Werte“, zu denen sich die Friesenpartei bekennt: „persönliche Freiheit; gedankliche Unabhängigkeit; Verantwortung des Einzelnen für die Gemeinschaft und umgekehrt; gesellschaftliche Selbstorganisation“⁸.

Dieselbe Tendenz wird auch auf überregionaler Ebene erkennbar. In der „Allgemeinen Erklärung der Sprachenrechte“ (Barcelona, 1996) heißt es in Art. 13: „Jede Person hat das Recht, mehrsprachig zu sein – und jene Sprache zu kennen und zu verwenden, die am geeignetsten ist für die persönliche Verwirklichung oder für die soziale Mobilität – dies ohne jede Beeinträchtigung der in der Erklärung festgelegten Garantien für den öffentlichen Gebrauch der dem betreffenden Gebiet eigenen Sprache“⁹. Auch die „Schlußerklärung der Generalversammlung der Internationalen Vereinigung der Professoren lebender Sprachen“ von Pecs (Ungarn) empfiehlt am 16. August 1991, die Sprachenrechte als grundlegende Rechte des Einzelnen anzusehen¹⁰.

1.2. Ergänzt wird der wachsende Individualbezug durch die stärkere Betonung einer regionalen Perspektive. Neben das bisher exklusive Volk tritt als Bezugspunkt die inklusivere, in der Regel überwiegend von Angehörigen des Mehrheitsvolks bewohnte Region. Regionalpolitik kann unter dieser Voraussetzung regelmäßig nicht mehr nur Volksgruppenpolitik sein. Der Bezug auf die Region spielt zwar, etwa für Wenden und Dänen in Deutschland, schon seit längerem eine Rolle¹¹. In den letzten Jahrzehnten aber entsteht der Eindruck, als werde auf Ebene der Minderheitenparteien weitgehend die Entwicklung nachvollzogen, die auch auf staatlicher Ebene – wie kürzlich in der Reform des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts – stattfindet, nämlich eine tendenzielle

⁷ Vide: <http://www.p-n-c.eu/index.php?page=valori> (27.05.2010).

⁸ Sieben Thesen der Friesenpartei, 3. These, vide: www.die-friesen.eu (27.05.2010).

⁹ Vide: www.gfbv.it/3dossier/barcelona96-dt.html (27.05.2010).

¹⁰ Ibidem.

¹¹ Die Lausitzer Volkspartei setzt sich bereits 1920 für die Schaffung einer Provinz Lausitz in einem deutschen Einheitsstaat ein, und entsprechend – Aufwertung Südschleswigs zum eigenen Bundesland – äußert sich der Südschleswigsche Wählerverband schon 1848, Programm vom 5. August 1948, abgedruckt in: W. Treue, *Deutsche Parteiprogramme 1861–1961*, Berlin 1961, S. 236–238.

Verlagerung in der Anknüpfung der Staatsbürgerschaft vom *ius sanguinis* auf das *ius soli*, also der Ersetzung einer zum Teil fiktiven Abstammungsgemeinschaft durch eine faktische Wohngemeinschaft.

Währendes in der Erklärung des „Wendischen Bundes“ von 1918 noch heißt: „Die Wenden sind eine besondere Nation und siedeln auf ihrem von den Urvätern ererbten Land“, verschiebt das Programm der „Wendischen Volkspartei“ von 2005 den Schwerpunkt auf die Region: „Die Lausitz (wird) als ganzheitliche, spezifisch kulturell geprägte Region betrachtet, deren Besonderheiten und den daraus resultierenden Vorteilen allen ihren Bewohnern zum Vorteil gereichen sollen“. Auch die Friesenpartei definiert sich faktisch als Regionalpartei, wenn sie sich primär regional- und nicht volksgruppenbezogene Ziele zu eigen macht. Sie setzt sich für besseren Küstenschutz ein und für die Förderung erneuerbarer Energien. Die Forderung nach „Erhaltung unserer ethnischen und sprachlichen Eigenheiten durch vermehrten Einsatz plattdeutscher Sprache in der Schule“ steht auf gleicher Ebene wie die Forderung nach Bahnverbindungen ins westfriesische Groningen und einer stärker ökologisch ausgerichteten Agrarförderung. Auch die neue Partei der deutschsprachigen Minderheit in Belgien „prodg“ will die „Instrumente unserer Autonomie zum Wohle aller Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft nutzen“¹², d.h. aller Wohnbürger unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft. Gebündelt wird diese Schwerpunktverlagerung in der ausdrücklichen Forderung nach Beachtung des regionalpolitisch bedeutsamen Subsidiaritätsprinzips: „Was vor Ort geregelt werden kann, soll auch vor Ort geregelt werden. Wir wollen die gesellschaftliche Solidarität fördern und die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit vorantreiben“¹³. In einigen Fällen ist es offenbar der Verlust an ethnischer Kohärenz, der die „ethnische“ Partei fast zwingend zur Regionalpartei macht, wenn sie nicht verschwinden will. Die Betonung der regionalen Identität wird als Angebot präsentiert, das alle Bewohner der Region anspricht und ihnen wirtschaftlich attraktiv erscheinen soll.

Tendenzen, sich von vornherein als übernationale Regionalpartei, nicht aber mehr als ethnisch definierte Minderheitenpartei zu konzipieren, sind dort erkennbar, wo sich heute Minderheiten neu konstituieren: „Pomeraniak“¹⁴, der wichtigste Verein derjenigen Polen, die sich in den vergangenen Jahren neu im Landkreis Uecker-Randow niedergelassen haben, zielt – so sein zentrales

¹² Vide: <http://prodg.be/ziele/10-leitlinien> (27.05.2010).

¹³ Sieben Thesen der Friesenpartei, vide: www.die-friesen.eu (27.05.2010); item: „10 Leitlinien“ der prodg, vide: <http://prodg.be/ziele/10-leitlinien> (27.05.2010).

¹⁴ Vide: die Internetseite dieses Vereins: www.pomeraniak.eu (27.05.2010).

Ziel – auf die Integration von Alt- und Neusiedlern. Unterstützt werden sollen gleichermaßen deutsche wie polnische Initiativen sozialer, wirtschaftlicher, kultureller, erzieherischer oder sportlicher Art. Soziale Integration in der betreffenden Region ist hier nicht mehr nur in Kauf genommene Nebenfolge, sondern ausdrückliches und zentrales politisches Ziel.

1.3. Hinzu kommt schließlich ein – allerdings weniger zentrales – Programmelement, das mit der Akzentverlagerung vom Kollektiv auf das Individuum zusammenhängt. Erkennbar wird in den aktuellen Programmen mitteleuropäischer Minderheitenparteien die Tendenz, den Zeit- durch den Raumbezug zu ersetzen. Ein hermetischer, auf den Erhalt der eigenen Volksgruppe durch Abschließung zielender Ansatz wird ergänzt durch einen Zugang, der auf internationale Vernetzung setzt. Die Wendische Volkspartei etwa setzt sich 2005 zum Ziel, die „Entwicklung einer regionalen Identität der Lausitz, die als bikulturelle Region als Bindeglied von West und Osteuropa einen wichtigen Platz in einem ‚Europa der Regionen‘ einnehmen kann“, zu befördern. Unter Einbeziehung des polnischen Ostteils der Lausitz und der Beziehungen nach Böhmen wird die Sprachenvielfalt der Lausitzer Region gerühmt. Häufig wird auch die Bereitschaft hervorgehoben, mit anderen europäischen Regionen zusammenzuarbeiten. Die defensive, auf Abschließung zielende Haltung der Volksgruppe wird ersetzt durch eine, die den Verknüpfungsgedanken betont. Dieser Gedanke wird formuliert auch in der „Allgemeinen Erklärung der Sprachenrechte“ (Barcelona, 1996)¹⁵, die „ein System der sprachlichen Vielfalt“ fordert, „das die tatsächliche Teilnahme der Sprachgemeinschaften am neuen Wachstumsmodell begünstigt“. Ähnlich tritt die neue Parteigründung der deutschen Gemeinschaft in Belgien „prodg“ in ihren zehn Leitlinien für eine „weltoffene DG, die sich gezielt in europäische Netzwerke einbringt“ ein.

2. Solche Programmelemente lassen sich vom Oberziel „Erhaltung der eigenen ethnischen Gruppe“ nicht mehr ohne weiteres ableiten. Wie sind sie erklärbar? Zunächst fällt der Zusammenhang mit der faktisch-sozialen Lage auf. Regelmäßig sind alteingesessene Minderheiten seit geraumer Zeit von Assimilationsprozessen betroffen, die sich als Teilprozesse umfassender Modernisierungsphänomene deuten lassen: als ein Segment der allmählichen Auflösung „ursprünglicher“, sei es familiärer, kommunaler, regionaler oder ethnischer Gemeinschaften. Vor diesem Hintergrund können Programme, die stärker auf das Individuum und

¹⁵ Vide: www.gfbv.it/3dossier/barcelona96-dt.html (27.05.2010).

seine Vernetzung abstellen, möglicherweise als Nachvollzug einer Entwicklung verstanden werden, die die ethnischen Gemeinschaften allmählich zurückgedrängt hat.

Unmittelbar einschlägig scheint hier die von Tönnies erstmals 1887 fixierte historische Entwicklungstendenz von der Gemeinschaft zur Gesellschaft. Das „Wesen der Gemeinschaft“ begreift er als „reales und organisches Leben“, das der ihr kontrastierten Gesellschaft als „ideelle und mechanische Bildung“¹⁶. „Gesellschaft“ definiert er als Menge natürlicher und „künstlicher“ (juristischer) Individuen, die in zahlreichen Verbindungen miteinander stehen, „doch von einander unabhängig und ohne gegenseitige innere Einwirkungen“¹⁷. Kennzeichnend für die Gesellschaft, ein „werdendes Etwas“, ist der Umstand, daß in ihr, so Tönnies in der Nachfolge Adam Smiths, „jedermann ein Kaufmann“ ist. Der Übergang in Richtung auf die Gesellschaft stellt sich mithin dar als Übergang von allgemeiner Hauswirtschaft zu allgemeiner Handelswirtschaft¹⁸.

Tönnies verfolgt mit dieser Typisierung durchaus auch die Absicht, eine historische Analyse der kapitalistischen Gesellschaft zu liefern und deren Entstehung darzustellen¹⁹, primär aber begreift er seine Darstellung als Beitrag zur Geschichtsphilosophie²⁰. Seine Begriffe seien „rein als Konstruktionen“ gemeint und deren Anwendbarkeit auf die Wirklichkeit „nur akzidentell“²¹. Der Gegensatz zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft trägt, allen diagnostischen Anspruchs zum Trotz, Züge des Ideal-Zeitlosen. Die „Gemeinschaft“ erscheint in großem Umfang als Kulturutopie. Diese Qualität mindert die Anwendbarkeit von Tönnies' Begriffen auf die Analyse zeitgenössischer Parteiprogramme erheblich. Problematisch erscheint vor allem der Umstand, daß es bisher, soweit erkennbar, an einer hinreichenden Operationalisierung von „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“ fehlt²². Außerdem bilden Parteiprogramme primär nicht soziale Realität ab, sondern sind Ausdruck eines politischen Willens, der auf eine Änderung des Bestehenden (des normativen oder faktischen *status quo*) zielt. Ein solcher Wille kann je nachdem darauf gerichtet sein, Gemeinschaft zur Gesellschaft umzuformen oder umgekehrt. Parteiprogramme sind damit primär weniger Indikator sozialer Realität als Indikator des politischen Willens ihrer

¹⁶ Tönnies 1887/1926, s. 3.

¹⁷ Ibidem, s. 51.

¹⁸ Tönnies 1887/1926, s. 53.

¹⁹ Cahnman 1981, s. 9.

²⁰ Ad exemplum: Rudolph 1995, s. 122.

²¹ Käsler 1991, s. 517, 519 unter Verweis auf Originalzitate von Tönnies.

²² Cf. etwa Deichsel 1981.

Autoren, das bei den einzelnen Minderheiten – in Abhängigkeit vor allem von der jeweiligen politischen Lage – sehr unterschiedliche Inhalte annehmen kann.

Einen zweiten Deutungszugang neben dem Bezug auf die Begrifflichkeit von Tönnies öffnet die Feststellung, daß die Programmelemente Individuum, Region und Vernetzung sich nahtlos in starke zeitgenössische Strömungen einfügen, wie die Stichworte Menschenrechtspolitik, Europa der Regionen und Netzwerkgesellschaft illustrieren. Dennoch wäre auch ein Versuch, die Parteiprogramme als Niederschlag des Zeitgeistes zu deuten, wenig erhellend. Der Verlauf der vergangenen beiden Jahrhunderte zeigt, daß der Zeitgeist mitnichten einer linearen, vorhersehbaren Linie folgt, die etwa parallel verlief zu dem von Tönnies postulierten Übergang von der Gemeinschaft zur Gesellschaft. Vielmehr ist mit heftigen Ausschlägen zu rechnen.

Auf den politischen Atomismus des 18. Jahrhunderts antwortet eine Romantik, die den Akzent ganz auf die Verwurzelung des Individuums in seiner jeweiligen kulturellen Tradition setzt. Knapp hundert Jahre später beginnt eine nächste, sehr starke Welle nun mehr naturwissenschaftlich akzentuierter Gemeinschaftsbetonung. Das Abklingen dieser Welle fällt in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die aktuellen Parteiprogramme fügen sich in gewissem Umfang in diese stärker individualistische Phase ein. Ist aber im Fall ethnischer Minderheiten stets mit völliger Zeitgeistkonformität zu rechnen? Spricht nicht auch viel für eine stärker retardierende, weniger von den aktuellen Strömungen berührte Programmatik? In jedem Fall stünde ein Versuch, Programmelemente als Niederschlag des Zeitgeistes zu deuten, unter stetem und grundsätzlichem Änderungsvorbehalt. Wo heute ein individualisierender Programmschwerpunkt noch Ausdruck des herrschenden Zeitgeistes ist, kann es morgen schon eine stärker auf das Kollektiv abstellende Tendenz sein.

3. Gegenüber diesen kaum weiterführenden Überlegungen soll hier die These vertreten werden, daß es sich bei den Programmelementen Individuum, Region und Vernetzung um die zwangsläufige Konsequenz sehr grundlegender historischer Tendenzen handelt, deren Revision unwahrscheinlich geworden ist. Gestützt wird sie auf eine essayistische Darstellung des griechisch-deutschen Philosophen Panajotis Kondylis: „Der Niedergang der bürgerlichen Denk- und Lebensform“ (1991). Kondylis unterscheidet in der Geistesgeschichte der vergangenen Jahrhunderte drei „Denkfiguren“, die das Denken der alteuropäischen, geburtsständisch gestuften „societas civilis“, der „bürgerlichen“ Zwischenzeit des 19. Jahrhunderts und der demokratischen Gegenwart jeweils prägen. Diese

Denkfiguren eignen sich als Obersätze für politisch-programmatische Texte. Sie sind abstrakt genug, um grundlegende geistige Konstituenten der Zeit zu fixieren und greifen damit tiefer als die These von einer allgemeinen sozialen Tendenz in Richtung Gesellschaft oder der Bezug auf den zwischen Gemeinschafts- und Gesellschaftsbetonung schwankenden Zeitgeist.

Obwohl sich Kondylis auf den Gegensatz zwischen der „bürgerlichen“ Moderne und der „demokratischen“ Postmoderne stützt, verwendet er diese Begriffe in anderer Bedeutung als der Postmodernediskurs der achtziger Jahre. Moderne meint bei Kondylis „Neuzeit“ und „Aufklärung“ in Abgrenzung gegen das vom theologischen Welt- und Menschenbild geprägte vorhergehende Zeitalter. Die Moderne erhebt den Anspruch auf autonome Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens anhand immanenter, durch die Vernunft ermittelter Kriterien. Der Begriff der Postmoderne, den er der dritten Phase zuordnet, steht demgegenüber für eine antibürgerliche, antiliberalen und „massendemokratische“ Epoche. Gegenübergestellt werden insbesondere eine liberal-aufklärerische Moderne und eine massendemokratische Postmoderne.

Der zeitgenössische Postmodernediskurs hatte überwiegend die These vertreten, die Moderne werde durch eine ihr nachfolgende und ihr widersprechende Postmoderne abgelöst. Kondylis Begriffsverwendung weicht davon ab und ähnelt dem Vorschlag von Ulrich Beck, der fast gleichzeitig postuliert hatte, die Moderne werde nicht abgebrochen, sondern in variiertem Form, als „zweite Moderne“, fortgesetzt. Wo sich für Kondylis dieser Übergang aber als die Entfaltung geistiger Prozesse darstellt, die in der Moderne bereits angelegt sind, verbindet sich für Beck der Übergang zur Postmoderne mit neuen politischen Herausforderungen, die grundlegende Festlegungen der Moderne, etwa Rationalität und Individualismus, nicht in Frage stellen²³. Beck nimmt an, ein „Mehr vom Gleichen“²⁴ werde irgendwie dialektisch den grundlegenden Wandel in eine „reflexive Modernisierung“, die „eigentliche“ Moderne bewirken²⁵. Die „erste“ Moderne geht durch Selbstanwendung („Reflexivität“) in die zweite Moderne über²⁶. Dieser Übergang bedeutet Bruch und Kontinuität in einem²⁷.

²³ Beck 1996, s. 45.

²⁴ Explicite: Beck 1996, s. 31.

²⁵ Ibidem, s. 56.

²⁶ Ibidem.

²⁷ Ibidem, s. 45.

Er ist Reaktion auf „Nebenfolgen“ der ersten Moderne, insbesondere allgemeine Einbußen an Sicherheit²⁸.

Wenn Beck die Unterschiede, die die zweite Moderne von ihrer Vorgängerversion unterscheiden, beschreibt als 1) Individualisierung von sozialer Ungleichheit, d.h. ihre Ablösung von der Bindung an soziale Klassen, 2) die Erkenntnis, daß die (insbesondere ökologischen) Konsequenzen funktionaler Differenzierung sich durch weitere Differenzierung nicht in den Griff bekommen lassen und 3) die Bereitschaft, die „Basisinstitutionen“ der ersten Moderne (Konkurrenzdemokratie, Marktwirtschaft, Wohlstandsgesellschaft) in Frage zu stellen²⁹, dann ist diese Diagnose aus heutiger Sicht ein starkes Argument gegen die Treffsicherheit seines Ansatzes. Funktionale Differenzierung etwa schreitet fort, und von der Bereitschaft, Wohlstandsgesellschaft oder Marktwirtschaft in Frage zu stellen, kann keine Rede sein.

Kondylis verfolgt einen abstrakteren Ansatz. Seine „Moderne“ ist geprägt durch eine „bürgerliche Denkfigur“, die in der Auseinandersetzung mit der alteuropäischen *societas civilis* im 18. Jahrhundert entsteht. Sie setzt sich von der Vorstellung ab, gute politische Ordnung sei die hierarchische Ordnung mit festen, seinsmäßig begründeten, geburtsständischen sozialen Unterschieden. Sie ist gekennzeichnet durch den Kampf gegen kirchliche Theologie und traditionelle Metaphysik. Die Frage des Seins und des Transzendenten wird verabschiedet, und man wendet sich stattdessen einer ontologisch aufgewerteten Natur und einem „aus dem Schatten Gottes herausgetretenen“ Menschen zu.

Ziel der bürgerlichen Philosophie ist es, Fortschritt und Ordnung, Dynamik und Statik in Einklang zu bringen. Sie will das Transzendente ausschalten, ohne es in seiner ethischen Wirkung zu beseitigen. Die Substanzen sollen durch Funktionen ersetzt werden, zugleich aber im Hintergrund weiter bestehen bleiben, denn auf die Substantialität von normativ geladenen Größen wie Natur und Mensch wollte man nicht verzichten. Gegen den juristischen und sittlichen Kodex der alteuropäischen *societas civilis* werden Individualismus und Gleichheit in Stellung gebracht. Politisches Ziel der „bürgerlichen“ Philosophie ist die Herauslösung des Individuums aus seinen vormaligen ständischen Bindungen und die Beseitigung der hierarchischen Beziehungen zwischen den Individuen, auf denen diese Bindungen beruhten. Bürgerliches Denken konstruiert sein

²⁸ Er nennt eine Verbindung aus sozialer Unsicherheit (angenommene sozialstaatlicher Absicherungsmängel), einer Bedrohung durch Kriminalität und Umweltschädigungen sowie einer Unsicherheit im Sinne eines Verlusts von Gewißheit, etwa einem Fragwürdigwerden des Fortschrittsgedankens, Beck 1996, s. 20.

²⁹ Beck 1996, s. 46.

Weltbild damit als ein harmonisches, auf der Substantialität der Einzeldinge beruhendes Ganzes. Gute politische Ordnung wird dementsprechend vorgestellt als eine Ordnung, die prinzipiell Gleiche, aber faktisch Unterschiedene zu festen Großgruppen zusammenfaßt. Gegen soziale Unterschiede werden keine Einwände erhoben, sofern sie als Ergebnis zweckrationaler Aktivität verstehbar sind und nicht mehr ontologisch begründet werden.

In der auf Individualismus und Gleichheit gestützten Polemik des aufklärerischen, „bürgerlichen“ Liberalismus gegen den Ordnungsbegriff der alteuropäischen *societas civilis* liegt bereits der Keim des späteren, nun gegen das Bürgertum gerichteten demokratischen Denkens. Dem bürgerlichen Liberalismus lag es noch fern, seine Grundsätze beim Wort zu nehmen und das individualistische Gleichheitsideal mit einer materiellen Komponente zu verbinden. Zwar waren alle Menschen frei und gleich, aber man wäre nicht auf den Gedanken gekommen, dem Hausknecht dieselben Rechte zuzuerkennen wie dem Hausherrn.

Anders ein demokratisches Denken, dem Kondylis einen analytisch-kombinatorischen Denkstil zuordnet, den er dem bürgerlichen, synthetisch-harmonisierendem Denken kontrastiert. Für diesen demokratischen Denkstil gibt es keine festen Substanzen mehr, sondern es sind alle sozialen Elemente beliebig mit allen anderen kombinierbar. Alles befindet sich auf derselben Ebene. Es gibt kein Ganzes mehr, nur noch von einer Vielzahl von Zusammenfügungen, die stets durch gleichwertige Alternativen ersetzt werden können. Auch das Ich hat keine feste und dauerhafte Identität mehr, denn es wird konstituiert durch einen fließenden Strom aus stets wechselnden Eindrücken. Es handelt aufgrund der gerade vorherrschenden Impulse. Die innere Zersplitterung der Person, deren entfaltete Individualität für das bürgerliche Denken zentral gewesen war, findet ihren äußeren Ausdruck in der Atomisierung des sozialen Lebens.

Die „massendemokratische Denkfigur“ findet ihren markanten Ausdruck in der Kunst. Die abstrakte Kunst etwa löst sich von der empirischen Wirklichkeit und versteht sich nur noch als autonome Geist-Tätigkeit. Die Plastik, die während der bürgerlichen Phase noch geprägt war durch die normative Hochwertung von Gleichgewicht und Harmonie, ist nun durch Bewegung, Fragmentarisches und Unabgeschlossenes geprägt. Die Skulptur muß keine zentrale Achse und keine Mitte mehr haben. Vielmehr treten Diskontinuität und Offenheit an die Stelle von Solidität und Abgeschlossenheit. Die Harmonie zwischen Vernunft und Trieb, zwischen Ganzem und Teil sowie die Trennung zwischen Privatem und Öffentlichem wird verabschiedet. Die Tendenz, hinter das Universum empirischer Mannigfaltigkeit zurückzugehen, wird auch in der Architektur sichtbar: hier

wird versucht, den Bau in seine letzten, elementaren Komponenten aufzulösen. Gleiches gilt für die atonale Musik, die ebenfalls darauf ausgeht, jenseits von Gefühl und Stimmung die musikalischen Grundelemente aus ihren früheren, symmetrischen Ordnungen herauszulösen. Auch die zunehmende Neigung zu interdisziplinären Studien ist ein Indiz für die Bereitschaft, alle Wissensbereiche demselben Denkmodell zu unterwerfen und alles mit allem in Beziehung zu bringen. Auflösung der Substanz bedeutete die radikale Infragestellung jeder philosophischen Systematik und der Möglichkeit einer Synthese. Die Vielfalt der Identifikations- und Kombinationsmöglichkeiten erleichtert soziale Mobilität.

4. Übertragen auf die Frage nach der Deutung zeitgenössischer Programme von Minderheitenparteien entspricht der Wandel zwischen der synthetisch-harmonisierenden, bürgerlichen Denkfigur und ihrer analytisch-kombinatorischen Nachfolgerin dem Übergang vom volksgruppenbezogenen Essentialismus zu einer Lage, in der die Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe zunehmend mit anderen Zuschreibungen kombinierbar wird. Zwar harmoniert Kondylis' geistesgeschichtliche Dreigliederung scheinbar nicht mit dem historischen Ort ethnischer Parteien. Diese entstehen seit dem Ersten Weltkrieg, nach dem Zusammenbruch der übernationalen Ordnung in Mittel- und Osteuropa, also in einer zweifelsohne von starken „postmodernen“, demokratischen Kräften geprägten Epoche. Als Bewegungen, für die das kollektive Moment eine wesentliche Bedeutung hat, bedienen sie sich aber zunächst noch der bürgerlichen Denkfigur. Wenn ihre Programme in den folgenden Jahrzehnten die Rolle des Individuums stärker hervorheben, dann zeigt dies, in welchem Umfang selbst Gruppierungen, die wesentlich durch die Sorge um das eigene Kollektiv definiert sind, sich auf die Dauer der postmodernen, „massendemokratischen“ Denkfigur öffnen müssen.

Wenn Kondylis diese Denkfigur als „analytisch-kombinatorisch“ bezeichnet, hebt er die Auflösung vormals als fest und dauerhaft betrachteter sozialer Gegebenheiten hervor. Dieser Qualitätswandel schlägt durch auch auf die politische Selbstwahrnehmung einheimischer ethnischer Minderheiten. Von ontologischen, festgefügtten historischen Subjekten werden sie zu Konfigurationen primär gegenwärtiger, ökonomisch interessierter Akteure. Die fluktuierende Minderheit ist nicht mehr Schicksalsgemeinschaft, sondern wird zum vereinsähnlichen Zusammenschluß. Die Mitgliedschaft in ihm ist nicht mehr qua Geburt vorgegeben, sondern wird in der Tendenz zum Ergebnis einer individuellen Entscheidung. Ihren programmatischen Niederschlag finden solche

Tendenzen insbesondere im Verblässen des Kollektivbezugs und der stärkeren Hervorhebung der Rolle des Individuums. Daneben werden Versuche erkennbar, den Schwerpunkt vom Ethnischen ins Regionale, oder allgemeiner von der Abstammungs- auf die Wohngemeinschaft zu verschieben. Der Akzent liegt nicht mehr auf einer durch den Zeitablauf bestimmten Wahrnehmung, die auf das geschichtliche Schicksal der Volksgruppe fokussiert war, sondern auf dem – gegenwärtigen – Raum. Die Geschichte verliert an Bedeutung zugunsten der Gegenwart.

Schließlich tritt an die Stelle des Kollektivs faktisch-sozial fixierter Ständemitglieder nicht nur das Individuum als solches, sondern das vernetzte Individuum. Auch diese Akzentverschiebung fällt zusammen mit dem Übergang vom Denken in festen, historisch gewachsenen ethnischen Gegebenheiten zu einem Denken in steten Rekonfigurationen des prinzipiell Gleichwertigen. Wo sich alles gedanklich auf einer Ebene befindet und nicht mehr in einer hierarchisch gestuften Ordnung, müssen Verknüpfungsmöglichkeiten wichtiger werden, seien es solche der Region oder des Einzelnen in der Region. Erkennbar wird auch hier, in welchem Umfang der Raum- den Zeitfaktor ablöst, wie die zeitlich gestaffelte Gliederung von Kulturen in niedrigere und höhere ersetzt wird durch ein Nebeneinander von Gleichwertigem auf derselben Ebene.

Zusammenfassung

Diskutiert werden neuere Tendenzen in der Programmatik von Parteien ethnischer Minderheiten, etwa der Friesen, Sorben und Südtiroler, und zwar, soweit sie sich nicht – wie der Großteil der jeweiligen Programmtexte – als Ausdruck einer defensiven, auf Identitätserhaltung zielenden Politik erklären lassen. Die Tendenz dieser ergänzenden, unkonventionellen Programmelemente läßt sich drei Verschiebungen zusammenfassen: a) vom Kollektiv auf das Individuum, b) vom Volk auf die Region und c) von der Zeit auf den Raum. Erklärt wird der Befund mit der schon 1991 von Panajotis Kondylis thematisierten epochalen Übergang vom identitären, abgerundeten zum flexiblen und vielschichtigen Subjekt.

Schlagwörter: Minderheitenpartei, Programmatik, Postmoderne, flexibles Subjekt

PROGRAMY PARTII ETNICZNYCH W CZASIE POSTBURŻUAZYJNYM**Streszczenie**

Tematem artykułu są nowe tendencje w programach partii mniejszościowych w Europie Środkowej, np. Fryzów, Serbołużyczan i południowych Tyrolczyków. W analizowanych programach można zauważyć pewne prawidłowości znajdujące swój wyraz nie tylko w zasadzie polityki defensywnej, zmierzającej do stabilizacji własnej tożsamości grupowej. Uwidaczniają się tam także trzy przesunięcia: od kolektywu do jednostki, od narodu do regionu i od czasu do przestrzeni. Autor w wyjaśnieniu tych przesunięć odwołuje się do dorobku teoretycznego m.in. Tönniesa i Panajotisa Kondylisa.

Słowa kluczowe: partia mniejszościowa, programatyka, postmodernizm, podmiot elastyczny

ETHNIC PARTY PROGRAMS IN A POST-BOURGEOIS AGE**Summary**

The article discusses newer tendencies in the programs of ethnic minority parties, e.g. the Frisians, the Sorbs or the South Tyroleans, insofar, as those tendencies cannot – as a large part of the respective program texts – be explained as an expression of a defensive policy heading at group identity preservation. These unconventional parts of the program text can, on the other hand, be explained as a result of three shifts: a) from the collective to the individual, b) from the people to the region, and c) from time to space. These shifts are explained by referring to the epochal transition from a subject with an rounded, well developed identity to a flexible and multi-layered subject.

Keywords: ethnic minority party, party program, postmodernism, flexible individ